

# Wer sind unsere Gegner?

DRUCKINDUSTRIE

## Meinungsmache für Millionen

Das hat es vielleicht einmal gegeben, als sich Liberale und Sozialisten dieses Recht gegen Kaiser und preußische Gendarmen erstritten. Doch für diejenigen, die der herrschenden Meinung zuwider schrieben, war das Recht nie sicher. Die Weimarer Republik sah bereits eine Presse und Druckhäuser, die mit der gleichen Gier dem Profit nachjagten wie jeder andere Kapitalist. Nur war das Produkt dieser Betriebe für die Verbraucher so gefährlich wie schleichendes Gift. Die Arbeiter mußten etwas herstellen, was im Grunde eine ständige Kriegserklärung an die arbeitenden Menschen war. Und das waren nicht nur die direkten Aufrufe zum Mord an den revolutionären Führern. Schon diese Weimarer Republik erlebte den Aufstieg eines Mannes zum Herrscher über das geschriebene und gesprochene Wort. Es war dies ein Paradebeispiel dafür, wie Macht und Meinung aufeinander eingestimmt wurden.

### HUGENBERG

Er fing nicht etwa als Zeitungsjunge oder als Besitzer einer Druckmaschine an. Er war auch nicht etwa der kleine Journalist, der es zu etwas gebracht hatte. Er war der Generaldirektor der Waffenschmiede Krupp und Mitglied der Hauptleitung des "Alldeutschen Verbandes": Alfred Hugenberg. Es braucht wohl nicht extra beschrieben zu werden, daß beide zu den größten Kriegstreibern vor 1914 gehörten.

Der Krieg war kaum aus, als der Rat der Kanonenkönige beschloß, etwas zur Aufpolierung ihres lädierten Ansehens zu tun. Hugenberg sollte mehr von der öffentlichen Seite die Sache der Junker und Ruhrbarone betreiben. Am 1. Januar 1919 verließ er deshalb den Krupp-Konzern. Wenig später tauchte er als Vorsitzender der "Wirtschaftsvereinigung" wieder auf. In dieser Vereinigung war die ganze Schwerindustrie wieder versammelt. Und Hugenberg war ihr Propagandist.

In deren Auftrag nun kaufte er im selben Jahr noch die "Telegraphen-Union". Mit dem Geld der Stahl- und Kohleindustriellen baute er sie in Deutschland und im Ausland so aus, daß mehr als 1600 Zeitungen im Reich und in deutschen Sprachgebieten davon abhängig wurden. 1922 gründete er eine Maternkorrespondenz. Druckfertige Artikel, Berichte und Kommentare konnten von kleinen und Provinzzeitungen übernommen werden.

So war die zweite Front der reaktionären Propaganda und der Anhäufung von Macht eröffnet. Als nächstes kaufte er 14 z.T. bedeutende Tageszeitungen im ganzen Reich auf. Die größte Anzeigengesellschaft des Reiches stand ebenfalls unter seiner Kontrolle. Vom Berliner Scherl-Verlag aus gründete er mehrere Wirtschaftszeitungen, die die Kapital- und Warenoffensive des Finanzkapitals ins Ausland unterstützten. 1927 rundete er seinen Besitz ab, als er das größte deutsche Filmunternehmen — die UFA — erwarb.

Das alles war dem Hugenberg-Kreis und der ganzen Schwerindustrie noch nicht genug. 1931 setzten sie schon wieder auf Krieg. Den Konzernfürsten paßte der Rock Deutschland schon längst nicht mehr. Und die Arbeiter setzten immer mehr Widerstand ihrer mörderischen Ausbeutung entgegen. Darum traf sich unter Hugenbergs Leitung am 11. Oktober in Bad Harzburg alles, was Rang und Namen hatte an Ausbeutern, Arbeitermördern und Kriegstreibern. Hugenbergs Harzburger Front, in der neben dem Geldadel auch der alte wilhelminische Adel saß, war eine der wichtigsten Stützen für Hitlers Machtergreifung. Hugenberg, der außerdem noch Vorsitzender der deutschen nationalen Volkspartei war, leitete 20 % der ganzen Gelder der vereinigten Reaktion an die Nazis weiter.

Zum Dank wurde Hugenberg von Hitler als Wirtschaftsminister eingesetzt. Hugenbergs UFA-Film-Konzern errang unter dem Faschismus eine traurige Berühmtheit als Propagandainstrument für Nazi-Kult, Rassenhaß, Verherrlichung von Militarismus und Krieg, als Einpeitscher der Durchhalteparolen.

### SPRINGER

Selbst vielen Kollegen, die heute bei ihm arbeiten, ist der Aufstieg des Axel César Springer zum bundesdeutschen Pressechef nicht ganz bekannt. Gerade sie, die im Streik gegen ihn standen, müssen wissen, wen sie vor sich haben.

Axel Springers erste Betätigungen fielen in die Zeit, als der Pressemagnat Hugenberg neben den Nazigrößen thronte. Auch er mußte sich sein Brot nicht auf der Straße verdienen — wenn man ihn auch zu dieser Zeit noch nicht mit Hugenberg vergleichen konnte.

Sein Vater besaß Druckerei und Verlag Hammerich & Lesser in Hamburg-Altona. Die "Altonaer Nachrichten" waren ein Blatt von einem kleinen Kaufmann an kleine Kaufleute und Mittelständler gerichtet. In seiner Lehrzeit kam Axel Springer auch in das Wolffsche Telegraphenbüro (Hugenberg-Konzern). Dort lern-



Streik stoppt Maßregelung eines Journalisten

Weil sich ein Redakteur des "Main-Echo" in Aschaffenburg mit dem Streik der Drucker und Setzer solidarisiert hatte, sollte er unter einem Vorwand entlassen werden. Die Belegschaft streikte auf Wiedereinstellung. Sie will den Streik fortsetzen, bis der Redakteur wieder an seinen Arbeitsplatz zurückkehren kann.

te er die Grundbegriffe seines heutigen Schmeijerjournalismus: das zu schreiben, was angeblich "der einfache Mann denkt". Das heißt, dem Volk mittels Groschenzeitungen das denken zu lassen, was die oberen Zehntausend wünschen.

Im Dezember 1937 — als Hitler immer offener zum Krieg rüstete — war Axel Springer zum "stellvertretenden Chefredakteur und Chef vom Dienst der "Altonaer Nachrichten" aufgerückt. 1941, nachdem die "Altonaer Nachrichten" von den Nazis übernommen wurden, wollte Springer sich bereits in die Kinobranche einkaufen. Mit dem Geld aus der Abfindung. Doch da hatten Hugenberg und die Faschisten bereits die Hände drauf. Dann ging er wieder zum Verlagswesen über. Ein Verlegerfreund Springers erzählt von ihm, daß er noch vor Kriegsende die verlegten Kaufmannsbücher in große Kisten verpacken und nach Syllt schaffen ließ — als Startkapital nach dem großen Zusammenbruch. Dort kam er auch mit dem rechten Intelligenzler und "Nationalrevolutionär" Hans Zehrer zusammen, Springer bezeichnete diesen später als seinen Mentor.

### ALTE MACHT MIT NEUEN MITTELN

Deutschlands Trümmer rauchten noch, als Axel Springer mit seinen Ideen von Markt und Meinung zum Hamburger Funkhaus kam. Für die britische Militär-Verwaltung war er genau der richtige Mann: anscheinend konservativ-liberaler Freigeist mit modernen Ideen. Er erhielt für die Programmzeitschrift "Hör zu" die Lizenznummer 67 und für das Rundfunkjournal "Nordwestdeutsche Hefte" die Nummer 68.

Es ist bezeichnend für den Werdegang Springers, wie er Anfangs jedes Geschäft ausnützte, das publikumswirksam war und schnell Profit abwarf. Beide Hefte waren Organe der öffentlich-rechtlichen "Nordwestdeutschen Rund-

funkanstalt". Die Mannschaft der ersten Stunde waren überzeugte Antifaschisten, die mit der Vergangenheit abrechnen wollten. Ihre Namen standen auch im Kopf der "Nordwestdeutschen Hefte" als Herausgeber "Im Auftrag des Nordwestdeutschen Rundfunks". Springer hatte damit einen breiten und durch Lizenz abgesicherten Markt. Den Stoff bekam er fast umsonst vom Rundfunk geliefert. Da konnte er leicht vorerst seine Vorstellungen von Mystik und Volksseele zurückstellen. Er, der später das "freie Unternehmertum" als seine Religion betrieb, eröffnete seine Konzernschmiede mit Hilfe einer staatlichen Lizenz, einer öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt und antifaschistischen, beinahe linksgerichteten Rundfunkjournalisten.

Dieser Anpassungsjournalismus aus Geschäftssinn behielt er bei, als er 1948 das "Hamburger Abendblatt" herausgab. Die Lizenz dafür beruhte auf einem Schacher mit den in Ham-

burg regierenden Sozialdemokraten: Als Gegenleistung für diese "Zulassung Nr. 1 des Senats der Hansestadt Hamburg" hielt er lange Zeit eine zu den regierenden Sozialdemokraten loyale Linie.

Dann begannen die Aufkäufe. 1954 ging das "Hamburger Fremdenblatt" ein. Dessen letzten Direktor unter der Naziverwaltung nahm er als Seniorpartner (für seinen verstorbenen Vater) in den Hammerich & Lesser-Verlag auf. Zwar nur mit 10 bis 15 % — doch der Mann wurde selbst von den Engländern als "Dunkelgrau" eingestuft.

### DER "BILD"-ER-STÜRMER

Im Jahre 1952 aber noch, am 24. Juni, wurde ein Blatt aus der Taufe gehoben, das bis heute an Auflage und Gossenjournalismus noch nicht geschlagen ist: die BILD-Zeitung. Die erste Ausgabe kostenlos, dann für 10 Pfennig. In den ersten Jahren schon ließ er 250 000 Exemplare auf den Markt werfen. Der ehemalige "Nationalrevolutionär" Zehrer war einer der Kommentatoren — "Hans im BILD".

Die BILD-Zeitung begann zuerst relativ unpolitisch, als seelische Hausapotheke und tägliche Illustrierte. Immer deutlicher aber wurde ihr Ziel: die Greuel des Faschismus zu verdrängen und die Lehren und Mahnungen an die Zukunft vergessen zu machen, für die klare Analyse den Blick zu trüben. Ende der fünfziger Jahre führte dann Chefredakteur Hagen den platten Antikommunismus aus der Sicht eines Provinzschreibers ein. Tante Emmas Angst vor der roten Gefahr war die nunmehrige Verkaufsmasche und der Tenor der ganzen Zeitung. Hagen hatte schon Erfahrung in der Kalten-Kriegs-Mentalität bei der "Berliner Zeitung" des Ullstein-Konzerns sammeln können. Diesen Verlag majorisierte Springer nun eben-

falls. Hagen blies nicht nur nach außen hin schärfere Töne: sein kalter Wind fegte durch den Verlag und die Redaktionsstuben und in die Schlüsselpositionen rückten seine Leute ein. Es konnte Springer nur recht sein, daß Hagen ihm die Dreckarbeit abnahm.

1966 beschäftigte allein die BILD-Zeitung ein Heer von 195 Redakteuren, 1000 Zuträgern und Amateurreportern, ein erweitertes Auslandsnetz, komplizierte Bildfunk- und Nachrichtenverbindungen. Daß das dem Konzernherrn Springer nicht immer teuer kam, zeigte sich nach dem Bau seines Pressezentrams in Westberlin: von den investierten 100 Millionen DM dürfen "im Wirtschaftsjahr der Anschaffung oder Herstellung und in den beiden folgenden Wirtschaftsjahren erhöhte Absetzungen bis zur Höhe von insgesamt 75 % — also 75 Millionen DM — vorgenommen werden (§ 14 BHG). Ferner wird für in Berlin angeschaffte 'bewegliche Wirtschaftsgüter' (u.a. Druckmaschinen) eine Investitionshilfe von 10 % gewährt. Endlich können der Springer-Konzern für seine Erträge in Berlin auch die Vergünstigung eines 20%igen Körperschaftsteuernachlasses und sein Inhaber einen 40% igen Einkommenssteuernachlaß in Anspruch nehmen." (Helmut Arndt, "Die Konzentration in der Presse...", 1967)

### POLITIK UND GESCHÄFT POLITIK FÜR'S GESCHÄFT

Der Großkonzern war im Entstehen, als der Springer-Verlag im September 1953 die renommierte, von den Engländern redigierte Tageszeitung "Welt" aufkaufte. Damals erklärte Springer dem englischen Kontrollmann der "Welt" noch, er habe keinen politischen Ehrgeiz, er sei kein Politiker. Der Obersteuermantel McRitchie aber sah weiter: "Wenn sie die 'Welt' haben, werden sie Politiker sein." (Müller, Der Springer-Konzern, S. 127)

In den 60er Jahren übernahm Springer den Zeitschriftenverlag Kindler & Schiermeyer AG. Nach Angaben der Konzernleitung waren im März 1966 11 416 Beschäftigte im Springer-Konzern. Von den 30 Zeitschriften der 5 größten Verlagsgruppen, die 1967 einen Marktanteil von 57,1 % hatten, entfiel auf Springer wiederum der dickste Happen mit 16,1 % (vor Bauer 15,8 %, Burda 12,4 %, Bucerius-Gruner-Jahr 8,9 %, Ganske 3,9 %). Im gleichen Jahr gab Springer 7 Tageszeitungen und Sonntagszeitungen heraus mit einer Auflage von 9,428 Millionen und einem Marktanteil von 38 %.

Die nächststärkste Gruppe FAZ/Societäts-druckerei konnte nur auf 2,5 % verweisen. Bei dieser Marktmacht konnte Springer immer offener den Politiker herauskehren. Seine Redaktionen waren inzwischen allerorten mit Leuten besetzt, die den Stil der Sensationspresse mit antikommunistischer Hetze und pausenlosen Angriffen gegen alle, die sich kritisch zum Staat der Kapitalisten verhielten, verbanden. Da sie in manchen Orten und Kreisen die Konkurrenzzeitungen bereits erdrückt hatten (bevorzugte Politik: Wegnahme der Anzeigenkunden, da BILD und Welt größere Auflagen), konnten sie täglich den Lesern die Springerischen Hetzparolen einhämmern.

Ein besonderer Fall war das Vorgehen gegen die linke Zeitschrift "Blinkfuer" im Jahre 60. Hier konnte er mit Inserenten oder Aufkauf nichts machen. Also verlegte er sich auf amerikanische Methoden: im Verbreitungsgebiet drohte er allen Zeitschriftenläden und -händlern mit Boykott, wenn sie noch weiterhin "Blinkfuer" annehmen. So verschaffte er sich ein oppositionelles Blatt vom Hals.

Die ganze Rolle des Springer-Konzerns als reaktionärer Scharfmacher enthüllte sich zu Beginn der Unruhe unter den Studenten 1967. DIE WELT vom 7. Januar 67 eröffnete die direkte Gewaltpropaganda gegen links, als sie schrieb: "Auf einen groben Klotz gehört ein grober Keil." Der Tod Benno Ohnesorgs durch eine Polizistenkugel war für die Springer-Presse gerade der richtige Keil. Das steigerte sich dermaßen, bis ein verhetzter junger Rechter den Studentenfürher Rudi Dutschke auf offener Straße niederschloß. Springer brauchte sich also nicht zu wundern, daß sich die ganze Empörung der Studenten gegen ihn richtete. Ein besonderer Dorn im Auge war und ist

## Fortsetzung

ihm der öffentlich-rechtliche Charakter von Funk und Fernsehen. Wenn auch fortschrittliche Kräfte dort kaum zu Wort kommen, so stört es ihn schon, daß er in diesem Medium nicht Einfluß nehmen kann und somit kritische Stimmen immerhin noch möglich sind. Seine Pläne von privatem und Kassettenfernsehen hat er noch nicht aufgegeben. Man könnte sich ausmalen, wie es aussähe, wenn alle Fernsehkommentatoren aus Leuten vom Schlafe Matthias Walden bestünden.

Hatte der Springer-Konzern 1967-68 noch versucht, Studenten und Arbeiter gegeneinander auszuspielen, so waren es nach den Septembertreiks 69 die streikenden Arbeiter, über die sich die reaktionäre Flut ergoß. Z.B. nur: "Es geht darum, ob der Staat massiven Drohungen weicht. Käme dieser Eindruck in der Bevölkerung auf, dann wäre der Schaden groß. Es geht zum anderen darum, ob schon mit der Androhung von wildem Streik oder dem wilden Streik selbst von jetzt an die rechtsverbindlichen Vereinbarungen über die Laufzeit von Tarifverträgen zu wertlosem Papier werden. Wäre es so, dann würden vermutlich die Gewerkschaften selbst den größten Schaden davon haben." (WELT v. 23. 9. 69)

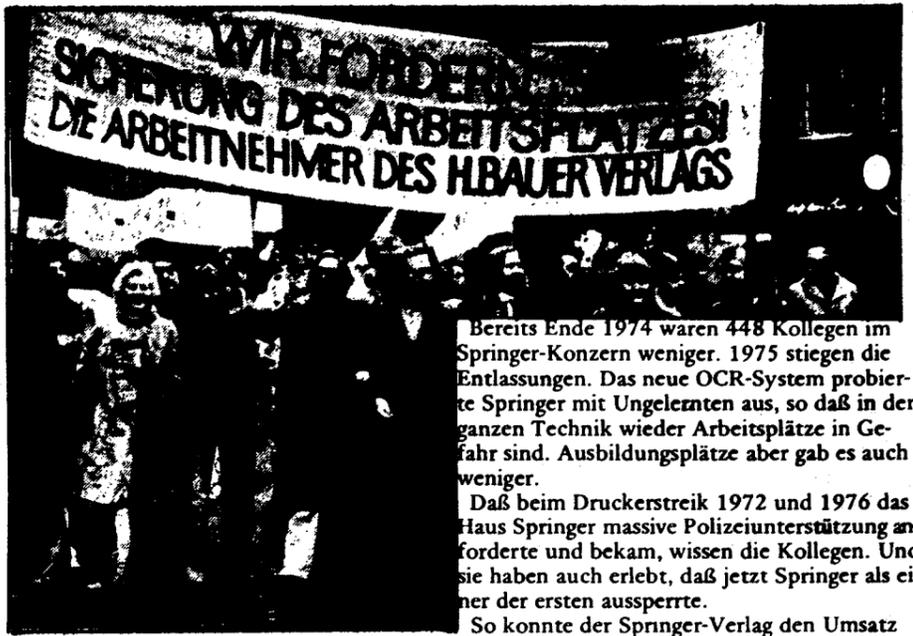
Das genügte dem Cäsaren Springer aber noch nicht. Immer enger schloß er sich mit reaktionären Politikern zusammen, insbesondere mit Franz Josef Strauß, trat auf Parteitag der CDU/CSU auf und ließ reichlich Geld fließen. Jetzt kam er Hugenberg immer näher. 1974 sah man ihn zusammen mit Strauß bei der Gründung des "Bund Freies Deutschland", der heute in die ultrarechte Sammlungsbewegung "Aktion Vierte Partei" eingegangen ist.

Dieser rechtsgerichtete Pressezar, der in seinen Blättern allen faschistischen Diktaturen die Hand schüttelt, der noch zur Zeit der griechischen Junta in Athen einen Buchverlag eröffnete, hat natürlich seine "verlegerischen

Freiheiten" nach innen abgesichert. Der Springer-Verlag hat nicht nur ein wirtschaftliches Statut, sondern ein politisches Verlags-Statut, das alle "Mitarbeiter" verpflichtet: für die Wiedervereinigung Deutschlands einzutreten, für die deutsch-jüdische Aussöhnung und gegen jeden Radikalismus. Darunter versteht Springer — man konnte es all die Jahre in seinen Zeitungen verfolgen — kalten Krieg gegen die DDR und die Forderung, "die Brüder und Schwestern heimzuholen"; die rückhaltlose Unterstützung des Zionismus und dessen Vernichtungspolitik gegen die Palästinenser; zusammen mit Rechtsradikalen gegen den Kommunismus zu Felde zu ziehen.

Für Redakteure und Journalisten ist das oberste Gebot: sich einzuordnen in die Hierarchie des Hauses Springer. Der Chefredakteur ist der König und die Rechte der Redakteure (etwa ein Redaktionsstatut wie bei anderen Zeitungen) wurden gleich von Anfang an überfahren. Doch auch die Chefredakteure sind nicht sicher. Wolf Schneider von der WELT wurde an einen Abstellposten geschoben, weil er Springer zu liberal war. Wieder eingesetzt wurde der Kommunistenfresser Kremp (der vorher wegen Trunkenheitsdelikte usw. fallengelassen werden mußte). Jetzt schickte Springer die ganze WELT-Redaktion nach Bonn, um am Ort von Regierung und Parlament zu sein. "Es müßte mit dem Teufel zugehen, wenn eine ganze Redaktion in Bonn nicht mehr anschaufft, als die anderen", so einer von der WELT "jeder Redakteur wird auf irgendeinen Fachbeamten, Botschafter, Lobbyisten ange-setzt." (SPIEGEL Nr. 35/74)

Es stört Springer wenig, daß die Setzer in Hamburg ihren Arbeitsplatz verlieren. In Essen schienen die Arbeitsplätze gesichert, als bekannt wurde, daß die NRZ mit der WAZ fusioniert. Der Druckauftrag der NRZ bei Springer machte bisher 60 % der Maschinenauslastung aus. Am 17. 9. 75 legten deshalb ca. 100 Kollegen der Nachtschicht für 75 Minuten die



Bereits Ende 1974 waren 448 Kollegen im Springer-Konzern weniger. 1975 stiegen die Entlassungen. Das neue OCR-System probierte Springer mit Ungelehrten aus, so daß in der ganzen Technik wieder Arbeitsplätze in Gefahr sind. Ausbildungsplätze aber gab es auch weniger.

Daß beim Druckerstreik 1972 und 1976 das Haus Springer massive Polizeiuunterstützung anforderte und bekam, wissen die Kollegen. Und sie haben auch erlebt, daß jetzt Springer als einer der ersten aussperrte.

So konnte der Springer-Verlag den Umsatz in der Zeit 1971 bis 74 von 990 Millionen auf 1,16 Mrd. DM erhöhen und stockte 75 noch einmal um 5 % auf. 1975 erreichte die Bild-Zeitung eine Auflage von 4,3 Mio., "Hör zu" wurde mit 4 Mio. Auflage verkauft. Und das, obwohl die Personalstärke 1971 noch 12 000 war und Ende 75 nur mehr 11 000.

Der Großfürst im Zeitungsgeschäft, Springer, ist heute nicht etwa seiner Macht müde. Selbst wenn er schon Verkaufsverhandlungen über Anteile des Unternehmens an Großbanken geführt hat. Als enger Kampfgefährte von Strauß wird er dessen Prophet bleiben und stellt sich nicht nur gegen seine Arbeiter, die ganze Arbeiterklasse, sondern auch gegen die Mehrheit des Volkes, die er immer so beschwört. Er ist nicht allein der Gegner der Kollegen der Druckindustrie, er ist ein Gegner jeden Fortschritts und jedes wirklich freien Gedankens.

Arbeit nieder. Erst da erfuhr die Belegschaft, daß der Vertrag mit der NRZ schon gekündigt war, das Springer-Druckhaus aber nun verlängern wolle. Geht der Druckauftrag verloren, stehen 1000 Arbeitsplätze auf dem Spiel.

Auf der Betriebsrätekonferenz des Springer-Konzerns im November 75 in Westberlin wurden die Maßnahmen der Konzernleitung geschildert: überall Rationalisierung und Entlassungen, Lohninbußen und mehr Arbeit. In der Betriebsstätte Ahrensburg sollten die Kollegen Lohninbußen bis zu 350 DM monatlich hinnehmen. In Westberlin wurden im Lauf 75 150 Arbeitsplätze abgebaut. In Darmstadt mit und ohne Abfindung 109 Kollegen — 20 % der Belegschaft. Beim WELT-Umzug weigerte sich die Geschäftsleitung lange Zeit, überhaupt mit dem Betriebsrat über einen Sozialplan zu reden.

München

# Fall Merkur: Die Rechtspresse formiert sich

Im Februar 1976 schrieben wir im Widerdruck: "Steigt Springer ein?" Inzwischen sitzt er ganz dick drin und die Spatzen pfeifen es vom Dach, daß er mit 24,9% Anteilen noch lange nicht den Rachen voll hat. Springers Presse Imperium ist um ein Stück größer geworden, der Große fraß den Kleineren, das Monopol schluckte den Konkurrenten, der im Konkurrenzkampf der großen Kapitale nicht mehr mithalten konnte. Die Hauptleidtragenden werden die Arbeiter und Angestellten beim Merkur sein. Aber nicht nur sie sind betroffen, die gesamte Region wird über kurz oder lang in direkte oder indirekte Abhängigkeit vom Presse- und Druckmonopolisten Springer geraten. Die Konzentration und Rationalisierung ist zwangsläufig im Kapitalismus. Wenn wir uns gegen die Abwälzung der Folgen auf unseren Rücken wehren wollen, müssen wir den kompromißlosen Kampf dagegen aufnehmen. Lösen aber können wir das Problem nur, wenn wir das Übel an der Wurzel packen. Nicht Mitbestimmung und Belegschaftsaktien sind der Ausweg, sondern gesellschaftliche Verhältnisse, in denen die Arbeiter das Sagen haben und nicht die Konzernherren. Die Alternative heißt schlicht Sozialismus. Da beißt die Maus keinen Faden ab.

Die KAZ-Redaktion sprach mit einem Kollegen von Merkur über die Lage, wie sie sich jetzt nach der Betriebsversammlung am 31.8. darstellt.

Frage Welche Rolle spielt Strauß beim Springer-Buttersack-Geschäft?

Antwort Ich glaube schon, daß der 'ne Rolle spielt. Und zwar was die ideologische Gemeinsamkeit von Bild und Merkur betrifft. So hat das auch der Kabel formuliert. Strauß hat natürlich Interesse daran, daß der Merkur wenn der sich eine Beteiligung ins Haus holt, nicht in den Einfluß der mehr oder weniger linksliberalen SZ kommt. Verhandlungen mit der SZ sind gewesen — ist aber nichts draus geworden.

Frage Wird Springer die Mehrheit beim Merkur bekommen?

Antwort: Ja — uneingeschränkt ja. Der Betriebsrat geht auch davon aus und die Geschäftsleitung hat auch nicht dementiert. Der Springer bestimmt jetzt praktisch, was mit dem Merkur passiert.

Frage: Welche Auswirkungen hat der Einkauf von Springer auf die Sicherheit der Arbeitsplätze beim Merkur und welche längerfristigen Folgen kann die Beteiligung haben?

Antwort: Ganz sicher ist, daß der Merkur zu klein ist für die technischen Neuerungen, die ins Auge gefaßt sind — so der Verleger auf der Betriebsversammlung. Daraus ist zu schlußfolgern, daß ein Druckzentrum auf der grünen Wiese entsteht. Das hat der Betriebsrat auf der Betriebsversammlung angesprochen und die Geschäftsleitung hat nicht dementiert. Die Folgen sind klar: Zusammenfas-

sung kleiner und mittlerer Betriebe — eigentlich bis zur letzten Konsequenz: SZ. Darüberhinaus die noch selbstständigen Zeitungen in Oberbayern und auch Betriebe, die mit Zeitung nichts direkt zu tun haben. Z.B. Bruckmann, der dem Huck zu 50% gehört und von dem der Stiebner bei uns im Aufsichtsrat sitzt.

Frage: Was ist mit dem Buchgewerbehaus und der Bild-München?

Antwort: Beim Buchgewerbehaus läuft der Vertrag mit Springer bis 1980. Ein Zeitraum in dem ein Druckzentrum mit Springer-Know-how stehen kann. Daß die Bildzeitung dann nicht mehr im Buchgewerbehaus gemacht wird, ist kaum noch fraglich, denn es hängt vom Bildauftrag ab, hat veraltete Produktion und ist kaum konkurrenzfähig. Unsere Arbeitsplätze sind noch mehr gefährdet als früher, besonders im Angestelltenbereich. Weil Springer mit seinen anderen Betrieben die Verwaltung zentralisieren kann. Z.B. könnte die gesamte Lohnbuchhaltung in Essen sein, die Zentrale in Hamburg oder so ähnlich. Deswegen noch mehr gefährdet a) andere Größenordnung, b) wesentlich intensivere Rationalisierung möglich und c) absolut keine Sicherheit für das

Springer



Partner: Strauß und Verleger Buttersack

Weiterbestehen vorhandener Produkte.

Frage: Was tut in dieser Situation der Betriebsrat?

Antwort: In erster Linie ist mal da die Forderung: Absicherung der Arbeitsplätze. Und dann von Redaktionskreisen: Absicherung und Erhalt der Tendenz beider Zeitungen. Außerdem fordert der Betriebsrat: Wirtschaftsausschuß, Beteiligung am Aufsichtsrat, Belegschaftsanteile und Redaktionsstatut

Frage: Meinst Du, daß die Mitbestimmung und der Aufsichtsratsposten die Lösung sind?

Antwort: Nein — das einzig Positive wäre eine umfangreiche Information, um frühzeitig auf irgendwelche Veränderungen reagieren zu können. Deshalb untauglich, weil die Verleger niemals ihre Mehrheit abgeben werden und wir mit einem Sitz im Aufsichtsrat keinen Einfluß auf die Entscheidung nehmen können, die dort getroffen werden. Es ist im Gegenteil noch die Gefahr drin, daß die Belegschaft nicht mehr selbstständig handelt in so einem Fall, weil ja gewählte Vertreter der Belegschaft angeblich an höchster Stelle mitentscheiden.

Frage: Was hältst Du von Belegschaftsaktien?

Antwort: Nichts! Was ändert das z.B. an der Arbeitsplatzsituation, wenn der Belegschaft z.B. 2% gehören würden? Das hätte in einer Streiksituation die Auswirkung, daß wir gegen uns selber streiken würden. Wenn mir z.B. ein Tisch in der Kantine gehören würde, wird mein Arbeitsplatz dadurch nicht sicherer?

Frage: Was ist Deiner Meinung nach die wichtigste Forderung?

Antwort: Die Absicherung der Arbeitsplätze

Frage: Und was kann man dafür tun?

Antwort: Rechtliche Möglichkeiten von Seiten des Betriebsrates gibt es so gut wie keine. Das müssen die Kollegen selber in die Hand nehmen. D.h., daß der VK schnellstens mit anderen VKs Schritte beschließen muß, wie konkrete Maßnahmen auszusehen haben.

Denn es ist sicher, daß die Belegschaften wenn mal ein Druckzentrum steht, gegeneinander ausgespielt werden sollen. Und dann herrscht das Faustrecht untereinander. Diese Energie verwenden wir lieber dazu, unserem gemeinsamen Gegner zu begegnen. D.h., daß man auch in der Gewerkschaft mit dem Ziel arbeiten muß, daß diese Kampfmaßnahmen vorbereitet werden. Denn solche Möglichkeiten zum Erhalt von Arbeitsplätzen sind ja von der Gewerkschaft in der Vergangenheit angedeutet worden.

Frage: Werdet ihr dabei vom OV der Druck und Papier unterstützt?

Antwort: Wir erwarten uns Unterstützung, wenn wir mit konkreten Vorstellungen an den OV herantreten. Notwendig ist es natürlich, auch, daß OV und VK sich in Verbindung setzen, um notwendige Schritte zu besprechen und einzuleiten.

Wir danken Dir für das Gespräch.

Aus Kommunistische Arbeiterzeitung vom 30-5-76